

4. Ausgabe  
November 2022

# Das Jahr 2022 im Maximilianeum



**Martin Böhm**

Mitglied im Bayerischen Landtag



# Inhalt

	Seite
Vorwort	3
EZB – eine Zentralbank auf Abwegen	4-6
MdEP Gunnar Beck zu Besuch im Maximilianeum	7
„Ursula die Schreckliche“ und die Europäische Union	8-9
Ungarn und Polen: Wer nicht pariert, wird schikaniert	10-11
Fregatte Bayern – sieben Monate auf den Weltmeeren	12-13
Gemeinsam zum Hamburger Hafenfest	14-15
Die AfD auf der Straße: Proteste für eine bessere Politik	16-17
„2015 reloaded“ – die neue Welle illegaler Massenmigration	18-20
(K)ein Präsident der Deutschen	21
Überfordert, stur und inkompetent: So regiert die „Ampel“ unser Land	22-24
Unsere schönsten „Kacheln“ 2022	25
So irrlichtert Markus Söder durch die Politik	26-27
Besuch im herbstlichen Straßburg	28-29
AfD: Mit allen Mitteln gegen die einzige authentische Opposition	30-31
Unsere Abgeordnetenfahrt nach München	32
Auf ein Neues!	33
Impressionen	34-35



# Vorwort

Liebe Freunde,

unter der Knute des rot-grünen Machtkartells kondensieren die in den vergangenen zwanzig Jahren aufgestauten Unzulänglichkeiten deutscher Politik zur großen Krise unserer jüngeren Geschichte.

Die von Anfang an zum Scheitern verurteilte Einführung der gemeinsamen Währung – ein Kniefall Kohls vor der Machtpolitik Mitterands – hat besonders durch Draghis verhängnisvolle Politik der unbegrenzten Anleihaufkäufe in Verbindung mit Negativzinsen zur Verarmung unserer Rentner beigetragen und ist einer der Auslöser der gerade galoppierenden Inflation.

Der von „Kohls Mädchen“ ausgelöste fatale Dambruch bei der ordentlichen Sicherung unserer Außengrenzen hat eine Dekade ungezügelter Zuwanderung ausgelöst, deren auffälligste Auswüchse Messermorde und Gruppenvergewaltigungen sind. Besonders 2022 ist ein neuerlicher Anstieg der Flüchtlingswelle

zu verzeichnen, der die 2015er Flut bereits übertrifft. Mittlerweile werden die Einschätzungen des Innenministeriums nicht einmal mehr mit den Kräften der Bundespolizei vor Ort geteilt. Zu groß ist die Sorge des Systems, die Beamten vor Ort zu beunruhigen.

Nur noch die Meinungen zum Wahlvolk durchdringen zu lassen, die der Berliner Oligarchie opportun sind, ist ein Teil des hierzulande gern gepflegten Meinungs-Totalitarismus. Die Melange aus linken Redaktionen, Eigentumsanteilen von Parteien an Verlagen und der Regierungshörigkeit des Staatsfunks zeigt ihr hässlichstes Gesicht, wenn dortige Repräsentanten Ansprüche auf sechsstelligen Zusatzrenten haben und allfällige Vorteile nutzen, ohne rot zu werden – weil sie es schon sind...

Dieser gesamte öffentlich-rechtliche Komplex ist es auch, der – gemeinsam mit obrigkeitshörigen Teilen der Wissenschaft – seit über zehn Jahren eine „Energiewende“ predigt, die es aus technischem

Verstand so nie geben kann. Schamanenhafter Glauben an Sonne und Wind ersetzt die Beständigkeit deutscher Kohle und das Vertrauen in die weltweit sicherste Kernspaltung. Folgen sind explodierende Energiepreise und der Abschied von der Versorgungssicherheit unserer Bürger und unserer Wirtschaft. Der Russlandkonflikt ist dabei nur eine Randnotiz. Die Sanktionen sind gewiss Brandbeschleuniger, aber das Feuer in unserem soliden deutschen Haus, das hat die grüne Politik mit ihrem Streben nach Dekarbonisierung gelegt.

Aus dem rot-grünen Sumpf kann sich unser Volk nur noch mit eigenen Armen ziehen. Jede Wahl ist dabei wichtig. Die Wiederholung der in Organisations-Anarchie versunkenen Abgeordnetenhauswahl in Berlin genauso wie unsere Landtagswahl in Bayern im kommenden Oktober. Zeigen wir der verlorenen multikulturellen Klasse, was es bedeutet, HEIMAT IM HERZEN zu tragen!



# EZB – eine Zentralbank auf Abwegen

Geldwertstabilität – das ist das zentrale Ziel einer Zentralbank, ob auf nationaler Ebene oder in der Europäischen Union. Die Europäische Zentralbank (EZB) verfolgt jedoch seit geraumer Zeit ganz andere Motive, worauf ich im Laufe des Jahres in vielen Pressemitteilungen und Blog-Beiträgen immer wieder hingewiesen habe. Im Rückblick werden zwei Punkte glasklar. Die brutale Inflation, welche auch die deutschen Privathaushalte und Unternehmen so quält, hat die EZB erst zaghaft zu bekämpfen begonnen, als es gar nicht mehr anders ging. Und dass die enormen Preissteigerungen vor allem eine Folge von Putins Überfall auf die Ukraine seien, offenbart sich im Nachhinein als ein dreistes Märchen des bundesdeutschen Polit-Establishments und seiner medialen Sprachrohre.

Tatsächlich hat EZB-Direktorin Isabel Schnabel bereits im Januar 2022 bei einem Treffen der American Finance Association eingestanden, dass die explodierenden Energiepreise die Inflation anheizen. Im Dezember 2021 hatte sich Energie um 26 Prozent verteuert – ähnlich wie schon im November mit 27,5 Prozent. Insgesamt war die Inflation zum Jahresende 2021 im Euro-Raum auf ein neues Rekordhoch gestiegen. Waren und Dienstleistungen kosteten durchschnittlich fünf Prozent mehr als ein Jahr zuvor, wie das Statistikamt Eurostat mitteilte. Das war der höchste Wert seit Beginn der Statistik 1997. Die EZB beharrte jedoch stur auf ihrer bisherigen ignoranten Geldpolitik – mit der Begründung, die Teuerung sei nur eine vorübergehende und tolerierbare Erscheinung.

In meiner Pressemitteilung vom 12. Januar habe ich gefordert, von der Augenwischerei abzulassen und den Bürgern endlich reinen Wein einschenken: „Die Enteignung der Sparer und die bewusste Inkaufnahme der Verarmung unserer Rentner haben seit Jahren System – mit dem übergeordneten Ziel, mittels Inflation die Schuldenlast der maroden südeuropäischen Rotweinstaaaten zu tilgen.“ Als beschleunigender Faktor wirkte und wirkt die unter Angela Merkel eingeleitete und von der Ampel vorangetriebene linksgrüne „Energiewende“, die im Endeffekt unsere Energieversorgung massiv gefährdet und damit Deutschland als Industriestandort unterminiert und unsere Lebensgrundlagen untergräbt.

Anfang Februar taxierte das europäische Statistikamt die Inflation in Deutschland auf den neuen Rekordwert von 5,1 Prozent. Und dies war wohlgermerkt noch vor dem russischen Überfall auf die Ukraine. Doch Statistik ist immer nur die halbe Wahrheit, worauf ich in einer Pressemitteilung hingewiesen habe: „Vollkommen ausgeblendet wird bei den Berechnungen der Statistiker der wirkliche Warenbedarf der Rentner und der Familien. Ein großer Teil des Monatsbudgets muss für Nahrungsmittel ausgegeben werden. Hier inflationieren wir bereits mit über zehn Prozent!“ Doch während man bei der EZB noch Däumchen drehte, wurden Anhebungen des Leitzinses in den USA bereits intensiv diskutiert. Im März beschloss die EZB, dass der Leitzins bei null Prozent bleibt.



Die Inflation zog weiter an, sie stieg im März auf 7,3 Prozent in Deutschland und auf 7,5 Prozent im Euroraum. Längst ging es nicht mehr nur um Energie; erhebliche Preiszuwächse und Lieferengpässe zeichneten sich auch bei wichtigen Rohstoffen wie Stahl, Holz, Aluminium, Kupfer, Zement- und Erdölprodukten ab. Bei Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs ohnehin. Wie nicht anders zu erwarten war, kündigte die EZB nach ihrer Sitzung Mitte April an, dass Zinsschritte frühestens nach dem angekündigten Ende der Wertpapierankäufe im dritten Quartal zu erwarten sind. Die unbeirrte Behauptung, sich dennoch am Preisstabilitätsmandat zu orientieren, lässt „viele kritische Beobachter ratlos zurück“, so damals die Neue Zürcher Zeitung (NZZ).

„Angesichts der Rekordinflation von 8,6 Prozent im Euroraum im Monat Juni

konnte es sich die Europäische Zentralbank (EZB) nicht mehr leisten, weiter die Hände in den Schoß zu legen. Mit ihrer Entscheidung im Juli hat sie die Leitzinsen um 0,5 Prozent erhöht. Konkret bedeutet das: Parken Geschäftsbanken ihr Geld bei der EZB, werden nun nicht mehr 0,5 Prozent Strafzinsen fällig, sondern der Satz liegt bei null Prozent. Leihen sich Kreditinstitute Geld bei der EZB, zahlen sie vom 27. Juli an 0,5 Prozent Zinsen statt null Prozent“, schrieb ich im Juli in meinem Blog. Zugleich hat sie ein Instrument ausgetüftelt, mit dem verhindert werden soll, dass die notorischen Schuldenländer höhere Risikoaufschläge zahlen müssen. Wieder ein Beweis für die einseitige Politik der Zentralbank.

Aktuell (Stand November) sind die „offiziellen“ Inflationsraten in Deutschland und im Euroraum auf neue, zweistellige

Rekorde geklettert, während der EZB-Leitzins bei mickrigen zwei Prozent liegt. Von wegen europäische Solidarität! Deutsche Sparer, Anleger und Verbraucher müssen zahlen und werden schleichend enteignet, weil andere EU-Staaten über ihre Verhältnisse leben und allzu oft unsolide wirtschaften. Und die EZB deckt und fördert diesen Dauer-Skandal. Das habe ich 2022 in gesprochenem und geschriebenem Wort immer wieder angeprangert und werde dies weiterhin tun. Neben Ökonomen und einigen Wirtschaftsjournalisten ist die AfD die einzige Partei in Deutschland, die sich vorbehaltlos für die Interessen unserer Bürger einsetzt und den Finger in die Wunden legt.

# MdEP Gunnar Beck zu Besuch im Maximilianeum

Zu einem hochinteressanten Fraktionsdialog konnten mein Kollege Franz Bergmüller und ich am 17. Mai im Maximilianeum MdEP Dr. Gunnar Beck und MdL Erich Heidkamp (Hessen) begrüßen. Thema war: „Europa auf dem Weg in den enteuropäisierten EU-Superstaat“. Dazu fanden sich nicht nur zahlreiche interessierte und diskussionsfreudige Zuhörer im Landtag ein, sondern die Vorträge und die Diskussion wurden zusätzlich per Livestream übertragen. Dort haben sich nochmal fast 1000 Zuschauer zugeschaltet.

Ein wichtiger Aufhänger war die sogenannte „Konferenz zur Zukunft Europas“, die am 9. Mai ihre „Reformvorschläge“ an die Institutionen der Europäischen Union vorgelegt hatte. Teilnehmer waren Vertreter des EU-Parlaments, der anderen EU-Institutionen, der nationalen Parlamente und Regierungen sowie NGOs, Lobbyisten-Verbände und 800 „Bürger“. Dr. Beck

beleuchtete die Hintergründe dieser Konferenz und erläuterte, dass insbesondere die Bürgerbeteiligung eine reine Farce war. Denn die teilnehmenden „Bürger“ wurden von der Agentur Kantar, einem langjährigen Dienstleister der EU-Kommission, sorgfältig ausgewählt.

Mitarbeiter des AfD-MdEP haben recherchiert, dass viele der auserwählten Bürger Angehörige von EU-nahen Aktionsverbänden und Lobbyverbänden waren. Während der rund zehn Plenartagungen selbst wurden die Bürger die gesamte Zeit hindurch von sogenannten Spinelli-Experten unterwiesen, die ihnen genau erklärten, wo die Probleme ihrer Ansicht nach liegen, dass die EU schon die Lösungen habe und die Verträge geändert werden müssen, damit Brüssel jetzt die Macht bekommt, seine Lösungen durchzusetzen.

Im Plenum und bei den Sitzungen der

Arbeitsgruppen waren die Bürger über Chatgruppen im ständigen Kontakt miteinander und mit ihren „Experten“. So wurden ihnen Kommentare zugesandt, die sie dann als eigene Beiträge abgeben konnten, oder sie wurden einfach aufgerufen, ihr Missfallen über EU-Kritik kundzutun. So wurde der Eindruck erweckt, die Bürger wollten alle mehr EU und letztlich einen EU-Staat. Die Bürgerbeteiligung war von Anfang bis Ende durchorchestriert, so das Fazit von Dr. Beck. In den Mainstream-



Mit Dr. Gunnar Beck kurz nach dem Fraktionsdialog

# „Ursula die Schreckliche“ und die Europäische Union

Noch mehr Zentralismus, noch mehr Übergriffigkeit, noch mehr Gleichmacherei und noch mehr Klientelpolitik und links-grüne Ideologie auf Kosten der fleißigen Nettozahler: Das ist die EU unter Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Hinzu kommt eine Reihe von – vorsichtig formuliert – „Merkwürdigkeiten“ in ihrer Amtsführung.

Das begann im Januar, als ein Journalist eine Nachfrage stellte zur SMS-Kommunikation zwischen von der Leyen und dem Chef des US-Pharmakonzerns Pfizer, Albert Bourla, zu einem „Deal“ über die Lieferung von 1,8 Milliarden Impfstoff-Dosen. Die Kommission lehnte eine Antwort ab – mit dem Verweis, SMS-Nachrichten würden nicht registriert. Für Ursula von der Leyen ist das übrigens nicht die erste „SMS-Affäre“, noch in ihrer Position als Verteidigungsministerin waren 2019 SMS von ihrem Diensthandy

gelöscht worden. Damals ging es um millionenschwere Aufträge an alle möglichen externen Beraterfirmen. Mein Kommentar dazu: „Wichtig bleibt, dass sich die Bürger bei den EU-Wahlen 2024 an solche Mausechelen erinnern und der Partei die Stimme geben, die für ein Europa souveräner Vaterländer eintritt.“ Anfang März setzte sich dann eine parteiübergreifende Initiative von 36 Abgeordneten des Europäischen Parlaments für die vollständige Offenlegung der Verträge der EU-Kommission mit den Herstellern der Corona-Impfstoffe ein. Das Bündnis hatten die AfD-Abgeordnete Christine Anderson und der rumänische Christdemokrat Cristian-Vasile Terheş geschmiedet.

Eine unglaubliche Zahl wurde im Juli bekannt: Zwischen 2017 und 2020 zahlte die EU-Kommission 3,7 Milliarden Euro an externe Berater. Der EU-Rechnungshof sah darin die Gefahr einer übermäßigen

Abhängigkeit. Insbesondere seien Wettbewerbsvorteile und die unzureichende Kontrolle seitens der Kommission besorgniserregend. Hinzu kommt: Wie auch schon bei der Pfizer-Affäre – von der Leyens Ehemann Heiko ist als Berater in der Pharma-Industrie tätig – liegt der Verdacht schwerwiegender Interessenkonflikte nahe. Ein Leyen-Sohn ist bei der stets gut bedachten Beraterfirma McKinsey beschäftigt.

Weiterer EU-Irrsinn des Jahres 2022 in einigen Stichworten. Zu den genannten Themen habe ich mich öffentlich zu Wort gemeldet und auf Risiken und mögliche Konsequenzen hingewiesen.

## **Soziale Taxonomie**

Im Februar wurden Pläne der EU-Kommission bekannt, die höchst umstrittene „grüne“ Taxonomie durch eine „soziale Taxonomie“ zu ergänzen. Das bedeutet:



Um für Investitionen empfohlen zu werden, müssten Unternehmen künftig nachweisen, dass sie sich nicht „sozial-schädlich“ verhalten. Zahlt eine Firma faire Löhne? Bietet sie genug Weiterbildungsmöglichkeiten? Wie hält sie es mit dem Datenschutz? Bietet sie familienfreundliche Arbeitsbedingungen? Statt die Sozialpolitik auf der nationalen Ebene zu belassen, will die EU all das an sich reißen und einheitlich regeln.

### **Ökodesign-Richtlinie**

Im März legte die Kommission – allerdings auf Vorschlag der etablierten Fraktionen des EU-Parlaments – einen Entwurf für eine Neufassung der sogenannten „Ökodesign-Richtlinie“ vor, die für eine „breitestmögliche Anzahl von Waren“ gelten soll. Mindestanforderungen könnten dann nicht nur für den Verbrauch von Energie oder Ressourcen verpflichtend bestimmt werden, sondern auch für

zahlreiche weitere Kriterien von der Reparierbarkeit, der Haltbarkeit, der Wiederverwertbarkeit und dem Anteil an recycelten Vorprodukten bis hin zum CO<sub>2</sub>-Fußabdruck. Damit droht ein verhängnisvoller weiterer Schritt in die ökosozialistische Kommandowirtschaft mit noch mehr Vorschriften und noch mehr Bürokratie – und alles unter dem Vorwand der „guten Sache“.

### **EU-Einlagensicherung**

Im Mai warnten die Verbandsspitzen der Sparkassen und Genossenschaftsbanken vor einem weiteren Vorstoß für eine „EU-Einlagensicherung“, also einer Vergemeinschaftung der jeweiligen nationalen Systeme. In Deutschland haben Privatbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken jeweils eigene Einlagensicherungen, die im Krisenfall die jeweiligen Guthaben der Kunden (bis zu einer gewissen Höhe, gesetzlich: 100.000 Euro)

schützen. Eine EU-Einlagensicherung würde bedeuten, dass wir in Deutschland auch im Falle von Bankpleiten etwa in Italien oder Bulgarien mithaften müssten. Dies kann man gar nicht energisch genug zurückweisen.



*AfD-Reisegruppe auf dem Weg nach Straßburg, um vor Ort zu zeigen, dass es nicht nur das unkritische Bejubeln des EU-Zentralismus gibt.*

# Ungarn und Polen: Wer nicht pariert, wird schikaniert

Vertragsverletzungsverfahren, Urteile, Strafzahlungen, Vorenthaltung von Geldern sowie Hetze und Propaganda in Dauerschleife: Mit diesen Mitteln versucht die EU, Mitgliedsländer, die eigene Interessen definieren und auch umsetzen, unter ihre Knute zu zwingen. Der Brüsseler Bannstrahl trifft vor allem Ungarn und Polen mit ihren selbstbewussten, konservativen Regierungen. Beide Länder weigern sich etwa strikt, ihre Tore einer Massenmigration kulturfremder Ausländer zu öffnen, die im Übrigen selbst gar nicht dort leben wollen. Polen hat sich zu Jahresbeginn standhaft gegen die inszenierte illegale Masseneinwanderung über Belarus gewehrt und beizeiten begonnen, die provisorische Grenzbefestigung durch eine dauerhafte Barriere zu ersetzen. Statt der Verteidigung Europas an seinen Außengrenzen Respekt und Anerkennung zu zollen, gab es überwiegend Schelte.

Weil Polen es per Urteil seines Verfassungsgerichts gewagt hatte, die eigene Verfassung zumindest in Teilen über das EU-Recht zu stellen, wurde das Land im Januar zu Strafzahlungen von einer Million Euro täglich – rückwirkend seit 27. Oktober 2021 – verdonnert. Weitere Strafen verhängte die EU wegen des anhaltenden Betriebs des Braunkohleabbaus Turow. „Standhaftigkeit gegen die Übergriffe des EU-Konglomerats zu zeigen, ist Ausdruck starker Nationalstaatlichkeit unserer polnischen Freunde“, kommentierte ich damals. Beispiele dafür waren auch die Klagen Polens und Ungarns gegen die willkürliche Anwendung des sogenannten „Rechtsstaatsmechanismus“ durch die EU. Diese Klagen wies der Europäische Gerichtshof (EuGH) freilich im Februar ab. Damit ist es im Sinne der Eurokraten rechtens, unbotmäßigen Mitgliedern finanzielle Zuwendungen zu kürzen.

Zuweilen kann sich aber auch die EU-Kommission nicht auf ganzer Linie durchsetzen. So weigerte sich Ungarn im Mai, das totale Ölembargo gegen Russland mitzutragen. Ministerpräsident Viktor Orbán stellte die überlebenswichtigen Interessen seines Volkes und der ungarischen Wirtschaft höher als die Vorgaben aus Brüssel, denn genau dafür wurde er von seinen Landsleuten mit großer Mehrheit gewählt. Die Konsequenzen ließen nicht lange auf sich warten. Anfang Juni forderte Katarina Barley (SPD), ihres Zeichens Vizepräsidentin des EU-Parlaments, Ungarn das Stimmrecht zu entziehen, weil Orbán darauf bestanden hatte, dass ein Embargo nur gegen auf dem Seeweg befördertes Öl erlassen wird.

In der Frage der Sanktionen gilt das Einstimmigkeitsprinzip. Der Entzug des Stimmrechts ist nach Artikel 7 des EU-Vertrages zwar möglich, aber nur für die dauerhafte und schwerwiegende Verlet-

zung der europäischen Grundwerte. Nicht, weil es eigene Interessen vertritt – etwa in Fragen einer sicheren Energieversorgung. Gegen Ungarn und Polen laufen ohnehin schon Artikel-7-Verfahren, doch noch stehen sich beide Länder gegenseitig bei und verhindern einen Erfolg dieser Verfahren. Daher ist das Einstimmigkeitsprinzip ein kostbares Gut. Wenn EU-Mitglieder einst von einer Mehrheit gezwungen werden, gegen die Lebensgrundlagen und gegen fundamentale Interessen des eigenen Gemeinwesens zu handeln, ist die EU demokratiepolitisch und moralisch endgültig bankrott.

Da symbolische Akte in der Regel folgenlos bleiben, spielte die EU die finanzielle Karte aus. Mit dem Einfrieren von 7,5 Milliarden Euro will die EU-Kommission Ungarn dazu zwingen, angebliche Mängel an seinem Rechtsstaat zu beseitigen. Zu diesen „Mängeln“ gehört auch, Großaufträge im eigenen Land zu halten und nicht der EU-weiten Ausschreibung zu unterwerfen. Meine Position dazu war eindeu-

tig, und so bleibt sie auch: „Wir als AfD stehen fest hinter der aufrechten Haltung der ungarischen Regierung, die eine überwältigende demokratische Mehrheit der Bürger hinter sich weiß.“ Das gilt übrigens auch für Polen, wo es um noch höhere Summen geht. Ende Oktober hatte die EU-Kommission angekündigt, 36 Milliarden Euro aus dem Corona-Fonds und 75 Milliarden Euro aus dem Strukturfonds zurückhalten, bis das Land die sogenannten Rechtsstaatskriterien der EU erfüllt.

Dies hat mich dazu bewogen, im Hinblick auf die EU grundsätzlich klarzustellen: „Die Politikerkaste in Brüssel hat Angst vor starken, souveränen Nationalstaaten. Während die Ukraine hofiert wird und bald hunderte Milliarden Euro – vor allem vom deutschen Steuerzahler – erhält, werden unsere polnischen Partner wie Verbrecher behandelt. Und dies, obwohl die Ukraine zu den korruptesten Ländern der Welt gehört und die politische Führung Kiews laut den Panama-Papern

riesige Millionensummen auf Offshore-Konten versteckt hat. Die EU muss wieder zu ihren Ursprüngen zurückgeführt werden. Sie war eine Freihandelszone auf der Grundlage friedlicher Partnerschaft. Und Deutschland darf keine Verhandlungsmasse für Globalisten sein, die Europa ihrer Herrschaft unterwerfen wollen. Nur die AfD tritt für ein Europa souveräner Völker ein, die einander in Freundschaft verbunden sind.“



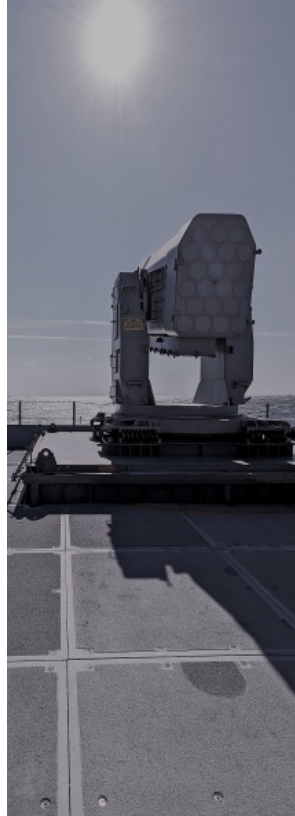
Foto: Europäisches Parlament

*Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán kümmert sich zuerst um die Interessen seines Landes.*

# Fregatte Bayern – sieben Monate auf den Weltmeeren

In der letzten Ausgabe durfte ich von der Verabschiedung unserer „Fregatte Bayern“ berichten, die sieben Monate lang die Weltmeere bereiste. Die reife Dame war dabei eine überaus würdige Vertreterin unseres Vaterlandes und besonders eine herausragende Botschafterin Bayerns. Diese Leistung war nur durch die klasse Kameradschaft der Besatzung unter dem Kommando unseres erfahrenen Fregattenkapitäns Tilo Kalski möglich.

Weniger professionell erscheinen im Nachgang manche Leistungen der Ministerien. In einem eher zufälligen Gespräch mit einem hohen polnischen Marineoffizier während meines Aufenthaltes in Danzig war dieser in seiner Entrüstung, eine deutsche Einheit ohne begleitendes Versorgungsschiff so weit zu entsenden, fast nicht zu bremsen. Zudem wurden in verschiedenen Beiträgen Stimmen laut, die glaubhaft analysierten, die diplomatische Begleitung der weiten Reise wäre eher lässig gewesen und der Auftrag selbst wohl nicht klar genug umrissen.



Im Lichte solcher Kritik ist die Leistung der Besatzung noch höher zu bewerten. Wenn die Haltelinien eines klar formulierten Auftrages fehlen, der Auftrag also – im Wortspiel – schwimmt, dann ist es eine umso stärkere Leistung der Schiffsführung, die eigene und besonders die Motivation der Besatzung auf dem erforderlichen Niveau zu halten. Ich glaube, auch im Sinne meines Vereinsvorsitzenden des Freundeskreises Fregatte Bayern e.V., meines Kameraden und MdL a.D. Rudi Peterke sprechen zu dürfen, wenn ich hier konstatiere, dass wir alle – im Wissen um manche Begebenheit – dankbar und hochachtungsvoll zugleich vor Besatzung und Kapitän grüßen.

Der QR-Code verweist auf eine Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (Sakaki & Swistek, 2022), die geeignet ist, die politischen Hintergründe der Fahrt, aber auch des deutschen Engagements im Indopazifik näher kennenzulernen.



# Gemeinsam zum Hamburger Hafenfest

Das war die Agenda, unter der ich im September an Bord unserer Fregatte Bayern ging und die Kajüte bezog. Ein Heeressoldat – wie ich einer sein durfte – war schon in diesem Moment von der präzisen Funktionalität der Einrichtung der etwa sieben Quadratmeter überrascht. Sieben Quadratmeter, die wohlge-merkt im Stockbett das Zuhause zweier Offiziere sind. Und das auch über sieben

Monate, wenn wir an die große Indopazifik-Fahrt unserer Fregatte zurückdenken.

Der Eindruck, alles Notwendige minimalistisch auf engstem Raum zu vereinen, setzte sich in dem Bewundern der an Bord perfektionierten Prozessketten fort. Die Organisation der Abläufe verdient besonders deswegen höchsten Respekt, weil es immer gilt, den Übergang von 26 Jahre alter Technik zu neuen Systemen zu beherrschen. Man darf sich das vorstellen, wie eine aktuelle App auf einem Rechner mit Windows-3.1-Betriebssystem laufen zu lassen – also eine echte Herausforderung für unsere Kameraden an Bord.

Dem Einschiffen folgte ein Zusammenkommen in der Offiziersmesse, und der Smutje durfte zum Menü bitten. Anschließend die obligatorische Sicherheitsbelehrung und ein eindrücklicher Vortrag über die Gefahren hochenergetischer Radar-

strahlung. Danach stand ich mit etwas mehr Respekt vor der Technik an Deck, um das Manöver des Ankerns zu verfolgen. Was sich ein Soldat des Heeres als ein schlichtes Versenken des Ankers vorstellt, entpuppte sich bei den Männern der Marine als wahrhaft meisterliches Manöver, persönlich kommandiert von unserem Fregattenkapitän Dennis Fauerbach (dem Nachfolger unseres Indopazifik-



Kommandanten Tilo Kalski). Dennis hatte das gute Gespür – oder Rücksicht auf Nicht-Seebären –, im Windschatten der Insel Helgoland zu ankern. Dies bescherte mir, trotz Windstärke drei, einen ruhigen Schlaf.

Um 4 Uhr 30 weckte das laute Arbeiten der Ankerwinde, und es war Zeit, von der Brücke aus den Weg von Helgoland zur Elbmündung zu erleben. Frachtschiffriesen lagen dort wie Perlen auf der Kette und gaben einen Eindruck davon, welch gigantisches Handelsvolumen täglich abgewickelt wird. Mit jeder Meile elbaufwärts durften wir mehr Schiffe begrüßen, die sich hinter uns reihten, um dem Hamburger Hafenfest den richtigen Rahmen zu geben. In den Wasserfontänen eines Löschbootes passierten wir nachmittags die Landungsbrücken, und die Offiziere salutierten zur erklingenden Nationalhymne.



Nach dem Anlegen wurde die „Bayern“ von Tausenden begeisterter Hamburger, verschiedenen Abordnungen der Marine und Soldaten einiger Reservistenkameradschaften begrüßt. Abgesichert von den Kameraden der Militärpolizei, durfte der weitgereiste Stolz der Deutschen Marine den Bundesadler am Flaggenstock zum Schutze und zum Trutze über dem Hafenfest wehen lassen.

# Die AfD auf der Straße: Proteste für eine bessere Politik

Auch Ende 2021 und im Jahr 2022 waren die Mitglieder unserer oberfränkischen Kreisverbände regelmäßig auf der Straße, um die berechtigten Anliegen der Bürger zu vertreten. Sei es bei lokalen Spaziergängen oder Kundgebungen, sei es bei überregionalen Großveranstaltungen und

Demos. Teils haben wir eigens Busse angemietet, um gemeinsam etwa in Nürnberg, München oder Berlin gegen eine volks- und freiheitsfeindliche Politik einzustehen. Drohende Impfpflicht und Schikanen im Namen der Pandemiebekämpfung lassen uns ebenso wenig kalt wie die

systematischen Versuche der Kartellparteien, unsere Energieversorgung, unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand zu zerstören – all das, was binnen Jahrzehnten mit Fleiß, Ausdauer und Innovationskraft aufgebaut wurde. Hier einige Impressionen:

Nürnberg, 19.12.2021



München, 05.03.2022



Berlin, 08.10.2022





Berlin 08.10.2022



# „2015 reloaded“ – die neue Welle illegaler Massenmigration

Die Worte zahlreicher Politiker der Kartellparteien klingen uns noch in den Ohren: 2015 darf sich nicht wiederholen. Darf es nicht, tut es aber. 2022 erreichte die Migration nach Deutschland neue Rekorde. Mehr als eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine sind darunter, vorwiegend Frauen und Kinder. Doch auch die Zahl ukrainischer Männer zwischen 18 und 60 Jahren hat sich binnen eines knappen halben Jahres von fast 40.000 auf über 160.000 vervierfacht, obwohl diese ja angeblich gar nicht ausreisen dürfen. Mag man die vorübergehende Aufnahme dieser Menschen – auch ohne das offizielle Asylverfahren – noch für gerechtfertigt halten, bleibt der sofortige Bezug von Hartz-IV-Leistungen völlig unverständlich und ein unnötiger Anreiz, statt in anderen Ländern in Deutschland Schutz zu suchen.

Weil die Massenmigration aus anderen

Herkunftsländern wie Syrien, Afghanistan, Irak, der Türkei usw. ungebremst weitergeht, schlagen die Kommunen Alarm, weil ihnen Unterbringungskapazitäten ausgehen. Ist die Migration Thema von Bund-Länder-Gesprächen, geht es ausschließlich darum, wie die zum Großteil nicht politisch verfolgten Neuankömmlinge verteilt werden und wer das bezahlt. Die Verhinderung dieses Irrsinns steht nicht auf der Tagesordnung. Man kann nicht einmal von einem „Kontrollverlust“ sprechen, denn die Ampel fördert diese Entwicklung auf unterschiedlichste Weise, etwa mit speziellen Aufnahmeprogrammen für Afghanen, mit der Aussicht auf ein Dauerbleiberecht für jeden, der es nach Deutschland geschafft hat, etc. Das ist kein Unfall, sondern Vorsatz.

Anfang des Jahres – es wurde schon erwähnt – inszenierte der weißrussische Diktator Lukaschenko einen Sturm auf die

polnische Grenze. Seine Schachfiguren waren eigens aus diversen Ländern nach Belarus eingeflogene Migranten. Polen konnte massenhafte Grenzübertritte des aggressiven Mobs wenigstens teilweise verhindern. Ende Februar wurde dieses Thema dann überlagert durch den vom Überfall des russischen Präsidenten Wladimir Putin ausgelösten Exodus aus der Ukraine. Doch auch auf allen anderen bekannten Wegen – Balkanroute, zentrales Mittelmeer, westliches Mittelmeer – strömten Araber, Asiaten und Afrikaner weiter nach Europa und besonders in die Schlaraffenländer Zentraleuropas. Auch aus Deutschland wirkten Schlepper, teils getarnt als „Seenotretter“, an dieser gigantischen Massenumsiedlung mit.

Im Herbst eskalierte die Lage immer weiter und konnte auch in Bayern und in Oberfranken nicht mehr ignoriert werden. So berichtete der Bayerische Rundfunk



Foto: Flickr/Freedom House/gemeinfrei.

Bilder wie dieses von der mazedonisch-griechischen Grenze 2015 sind heute wieder „normal“.

Eine der schrecklichen Folgen der unkontrollierten Massenmigration ist die massiv angestiegene Messerkriminalität wie etwa die grausame Bluttat, die ein Somalier 2020 in Würzburg verübte und die drei Frauen mit dem Leben bezahlten. Einzig die AfD war willens, am ersten Jahrestag des Attentats der Toten und Verletzten öffentlich vor Ort zu gedenken (Bild links). Anfang Dezember 2022 wurden in Illerkirchberg bei Ulm zwei Mädchen (13 und 14) auf dem Schulweg von einem Messer-Killer niedergemetzelt, die 14jährige überlebte es nicht. Tatverdächtig: ein schwarzafrikanischer Asylbewerber – oder nach der Diktion der Einwanderungslobby: ein „Schutzsuchender“.

(BR) am 8. September, dass die bayerischen Anker-Zentren, die für die Erstunterbringung von Migranten zuständig sind, aus allen Nähten platzen. „Letztes Jahr flohen bis Ende August rund 11.000 Menschen nach Bayern. Dieses Jahr sind es etwa 58.000, und die Ukrainer sind hier nicht mit eingerechnet“, heißt es in dem Bericht. „Flohen“ hätte hier eigentlich in Anführungszeichen gehört, denn wer Tausende von Kilometern zurücklegt und durch zig sichere Länder reist, nur um nach Deutschland zu kommen, der sucht keinen Schutz, sondern ein besseres Leben (auf unsere Kosten).

Zu dieser Zeit war das Ankerzentrum in Bamberg (AEO) mit 2.163 Personen belegt, damit war man schon klar im Bereich der Notreserve angekommen. An sich sollen nämlich nicht mehr als 1500 Migranten in der Einrichtung untergebracht sein. „Dass die Belegung der AEO

derzeit ansteigt, beruht nicht auf der Neuaufnahme ukrainischer Flüchtlinge, sondern auf der stark ansteigenden Zahl von Asylbewerbern aus anderen Herkunftsländern“, zitierte infranken.de einen Sprecher der Regierung von Oberfranken. Statt nun endlich unsere Grenzen effektiv zu schützen, wurde „intensiv“ nach anderen Unterkünften gesucht, um Kapazitäten freizubekommen. Ein totaler Ausfall auf der Ebene des Freistaats wie auch auf Bundesebene. Als einzige Partei wendet sich die AfD gegen diesen Wahnsinn, der unsere Kassen noch mehr belastet und mitten in der Zeit multipler Krisen die Geduld unserer Mitbürger auf eine harte Probe stellt.

Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wurden im Oktober mit 23.918 Erstanträgen so viele Asylanträge gestellt wie seit fast sechs Jahren nicht mehr innerhalb eines Monats. Eine höhe-

re Zahl gab es zuletzt im November 2016 mit 24.574. Ukrainer sind nicht mit eingerechnet, da sie keine Asylanträge stellen müssen. Wiederum kamen die meisten Zuzügler aus Syrien, Afghanistan und unserem NATO-Verbündeten Türkei. „Fast alle der in Deutschland ankommenden Asylsuchenden reisten über sichere Nachbarstaaten ein, waren also dort bereits vor Krieg oder Verfolgung geschützt“, so Welt Online am 8. November. Deutschland sei das Hauptziel, so die digitale Ausgabe der Springer-Zeitung weiter, „weil das Abschiebungsrisiko gering ist, die Arbeitschancen hoch sind und sich hier vergleichsweise stark um die Integration der Neuankömmlinge gekümmert wird“.

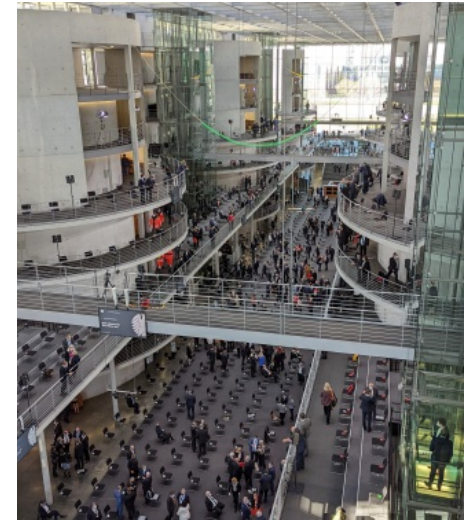
Die illegale Massenmigration und ihre enormen Belastungen für Deutschland und Bayern waren 2022 ein bedeutendes Thema meiner parlamentarischen Arbeit, und das wird auch 2023 so bleiben. ■

# (K)ein Präsident für Deutschland

Berufenes Mitglied der Bundesversammlung zu sein, ist gewiss eine Ehre. Leider entsendeten andere Parteien dazu lieber Drag-Queens anstelle von Abgeordneten. Sich international lächerlich zu machen, kennt eben keine Parteigrenzen.

Auch der alte und neue Präsident zeichnet sich eher durch Schlafwandeln zwischen den Welten aus als durch hartes Ausformulieren deutscher Interessen. Aber wie soll man auch das frierende Volk verstehen, wenn man bis zum Lebensende sechsstellig warm gebettet ist?

Unser Kandidat Prof. Max Otte gab zwar einen soliden Auftritt ab und genießt hohe Reputation, aber dennoch: Die Parteisatzung bedarf einer dringenden Reform, damit solche Kandidatenbenennungen künftig durch ein breit aufgestelltes, dazu legitimiertes Gremium erfolgen.



# Überfordert, stur und inkompetent: So regiert die „Ampel“ unser Land

Als Mitglied des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten des Bayerischen Landtags muss sich mein Blick immer wieder auf Berlin richten. Welchen Schaden die „Ampel“-Koalition unserem Vaterland dort tagtäglich zufügt, ist gedanklich kaum zu ermessen und mit Worten kaum zu beschreiben. Ein „Scholzomat“ als Kanzler, mit Erinnerungslücken behaftet, maulfaul und in harten und turbulenten Zeiten, in denen wahre Gestaltungskraft gefordert wäre, absolut überfordert. Ein Kabinett, das vor allem ein Gruselkabinett ist. Grüne Ministerinnen und Minister, die exklusiv an ihren Ideologieprojekten interessiert sind. Eine Verteidigungsministerin, die fachlich ahnungslos und an ihren Aufgaben desinteressiert ist. FDP-Minister, die keineswegs als Korrektiv zu linker Politik wirken, sondern im Gegenteil Steigbügelhalter links-grüner Chaospolitik sind.

Mit Olaf Scholz (SPD) steht ein Mann an

der Spitze, der durch vieles auffällt, nur nicht durch gute Politik, obwohl „gut“ zu seinen Lieblingsworten gehört. Kurz vor dem russischen Überfall auf die Ukraine hat der Bundeskanzler das Zertifizierungsverfahren für die Erdgaspipeline Nord Stream 2 gestoppt und sich damit dem Willen Washingtons unterworfen. Nach den Sabotageakten ist diese Möglichkeit des Energiebezugs nun auf absehbare Zeit verloren, und US-Geschäftemacher reiben sich schon die Hände. Dass diese „Weichenstellung“ unsere Bürger und Unternehmen mit einer Rekord-Inflation in die Knie zwingt, schert den Kanzler nicht. Er schnürt „Entlastungspakete“, die wiederum mit Schulden finanziert werden, also kommende Generationen belasten.

Offenheit ist Scholz dagegen ein Gräuel. Über die Mittelverwendung des deutschen Anteils an dem 2020 von der EU beschlossenen sogenannten Aufbaufonds

in Höhe von 724 Milliarden Euro herrscht eisernes Stillschweigen. „Spätestens seit der Cum-Ex-Affäre wissen wir, dass Scholz nichts von Transparenz hält“, habe ich Ende Juni in einer Pressemitteilung geschrieben, dennoch ist für jeden offensichtlich, dass der Kanzler vor allem die Einzelinteressen von Großunternehmen und Lobbys vertritt. Während dem Volk Energiespartipps gegeben werden, verteidigt der Kanzler Prunk und Verschwendungssucht. Und versucht die Menschen noch für dumm zu verkaufen. Bei einem Bürgergespräch in Gifhorn (Niedersachsen) auf den Kostenanstieg für den Kanzleramtsanbau auf satte 770 Millionen Euro angesprochen, versuchte Scholz, die protzigen Erweiterungen als eine Art „antifaschistisches Mahnmal“ zu verkaufen.

Bereits zu Beginn des Jahres gab es eine richtig fette Klatsche vom Bundesrechnungshof für den neuen Finanzminister



Christian Lindner (FDP). Der Liberale hatte einen Nachtragshaushalt über 60 Milliarden Euro vorgelegt, der schuldenfinanziert in den „Energie- und Klimafonds“, also einen Nebenhaushalt, eingestellt werden sollte. Ein bekannter und beliebter Trick, um das wahre Ausmaß der Staatsverschuldung zu verschleiern. Der Rechnungshof fand klar Worte für diesen Extrahaushalt: „verfassungsrechtlich zweifelhaft“ und „finanzwirtschaftlich nicht notwendig“. Daher solle auf die Verabschiedung verzichtet werden, so die Haushaltsprüfer. Eine verfassungsrechtliche Prüfung wäre anderenfalls durchaus möglich. Kurz und gut: Kaum im Amt, fiel die Ampel-Regierung mit billigen Taschenspielertricks auf und „glänzte“ durch fachliche wie juristische Inkompetenz.

Unangenehm aufgefallen ist von Anfang an auch die tiefrote Innenministerin Nancy Faeser (SPD), die Anfang 2022 die

Konzerne Apple und Google aufforderte, den Messenger-Dienst Telegram aus ihren jeweiligen Angeboten (App Store/Play Store) zu verbannen. Telegram hatte sich wohl aus ihrer Sicht nicht aufgeschlossen genug gegenüber den Zensur- und Repressionswünschen der Regierung gezeigt. Linksextremismus und fanatischen Islamismus hält Faeser für unproblematisch, die Gefahr lauert für sie ausschließlich „rechts“. Deshalb muss der Verfassungsschutz nun auch auf regierungskritische „Querdenker“ und Wutbürger ein Auge haben, während kriminelle Klima-Extremisten weiterhin mit Milde und Verständnis rechnen können. Das sieht auch die bayerische Staatsregierung so, die auf eine Anfrage von mir nicht mal die Personenpotenziale beider Milieus quantifizieren konnte. Faeser denunzierte im Sommer dagegen schon mal vorsorglich Proteste, die es noch gar nicht gab.

Doch nicht nur zur Politik von Scholz, Lindner und Faeser habe ich 2022 Stellung bezogen, sondern auch zu der grundfalschen, für unser Land schädlichen Politik, die von anderen Protagonisten und Resorts zu verantworten ist. Sei es die kopflose Unterstützung der Ukraine, die mittlerweile unsere eigene Verteidigungsfähigkeit untergräbt – trotz eines 100-Milliarden-„Sondervermögens“ für die Bundeswehr, das tatsächlich vor allem ein Subventionsprogramm für die US-Rüstungsindustrie ist. Sei es die unsägliche „Energiewende“, die unsere Versorgungssicherheit untergräbt, die Industrie in ihren Grundfesten bedroht, zu Insolvenzen und Standortverlagerungen ins Ausland führen wird und die Substanz unseres noch verbliebenen Wohlstands auffressen wird. Als AfD sind wir zuallererst unserem Land und unseren Bürgern verpflichtet, daher werde ich weiter meine Stimme erheben. ■



# Unsere schönsten „Kacheln“ 2022

Als recht effektives Instrument, möglichst hohe Aufmerksamkeit zu erzeugen, erweisen sich immer mehr die Kompositionen aus einem Bild und einer kurzen, knackigen Botschaft. Sie lehnen sich an

das Phänomen der „Memes“ an, wir nennen sie einfach „Kacheln“. Meist haben wir sie kombiniert mit einem Hintergrundtext oder dem Verweis auf einen Blogbeitrag. Einige dieser Motive haben über

meinen Facebook-Kanal oder Telegram bis zu 20.000 Nutzer erreicht und wurden teils einige 100 Male geteilt. Ein paar Beispiele sind hier abgebildet.



# So irrlichtert Markus Söder durch die Politik

Geht es um die vorläufige Bilanz, die die bayerische Staatsregierung unter Ministerpräsident Markus Söder (CSU) in der laufenden Legislaturperiode aufzuweisen hat, weiß man kaum, wo man anfangen soll. In der Corona-Bekämpfung zeichnete sich Söder noch als maßlos-repressiver Hardliner aus, egal, ob sich getroffene Maßnahmen letztlich als rechts- oder gar verfassungswidrig herausstellten – und obendrein oft noch als völlig sinnlos, wirkungslos oder gar kontraproduktiv. Die irren Schließungen von Kitas und Schulen haben bayerische Kinder und Jugendliche nachhaltig geschädigt: psychisch und hinsichtlich ihrer Bildungschancen. Jetzt, wo die „Pandemie“ nicht mehr das alles beherrschende Thema ist, präsentiert sich der Landesvater plötzlich als Vertreter eines besonders liberalen Kurses. Wenn man sich bei Markus Söder auf eines verlassen kann, dann ist es seine „Wendigkeit“.

Im Folgenden nun einige Beispiele für Söders Politikstil aus dem Jahr 2022. Noch Anfang Dezember 2021 hatte zunächst die „Welt“ berichtet, dass das bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) hinsichtlich der Inzidenzen bei Geimpften und Ungeimpften die große Zahl der Fälle mit Impfstatus „unbekannt“ einfach den Ungeimpften hinzugerechnet hat. Diese angeblich exorbitanten Unterschiede hatte Söder als Grundlage für dramatische Impfpappelle genutzt. Auf meine Anfrage bestätigte die Staatsregierung zwar die Praxis des LGL, wollte aber darin keine Manipulation erkennen. Der Entscheidung lägen „rein fachliche Erwägungen“ zugrunde, hieß es. Welche das waren, blieb ihr Geheimnis. So kenne man die Söder-Regierung eben, kommentierte ich damals: „Fehler nicht eingestehen und Maßnahmen wie auch Appelle auf Vermutungen gründen. Das haben die Menschen in Bayern nicht verdient!“

Ende Februar folgte ein Söder-Interview in der „Mainpost“, das vor wirren Thesen nur so strotzte. Einige Menschen hätten sich „in eine Welt von Verschwörungstheorien verirrt“, behauptet er dort, nur um im nächsten Moment selbst von einer „Corona-RAF“ zu fantasieren. Natürlich mit der AfD als parlamentarischem Arm der Querdenker-Bewegung. Auch mit der Meinungsfreiheit hatte es der Ministerpräsident nicht so, daher plädierte er dafür, die Plattform „Telegram“ deutschlandweit abzuschalten, weil dort unzensuriert Inhalte ausgetauscht werden, die ihm nicht gefallen. Und natürlich trommelte Söder wieder für eine allgemeine Impfpflicht – gegen eine vermeintliche Welle im Herbst, von der niemand wusste, ob sie kommt, wie sie ggf. aussieht und ob einer der bisherigen Impfstoffe in irgendeiner Form dagegen helfen könnte.

Auch der Schutz der Bevölkerung hat nicht gerade oberste Priorität für die Staatsre-

gierung. Das zeigte eine Antwort auf eine Anfrage zum Regierungsbezirk Oberfranken. Dort existieren noch 13 öffentliche Schutzräume, die auf 6641 Plätze ausgelegt sind. Sie befinden sich in Bamberg und Hof sowie den Landkreisen Bayreuth und Lichtenfels. Es könne jedoch „nicht davon ausgegangen werden, dass eine entsprechende Nutzung unmittelbar realisiert werden kann“, heißt es wörtlich in der Antwort. Grund sei die 2007 getroffene Entscheidung, die Schutzraumkonzeption aufzugeben. Seitdem finden keine Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen mehr statt. Für die Warnung der

Bevölkerung existieren in Oberfranken 1240 Alarmsirenen. Damit sei eine „flächendeckende Warnung“ der Bevölkerung nicht möglich. In Zeiten eines von den Kartellparteien geförderten Kriegstaumels geradezu ein Offenbarungseid.

Zum Gesamterscheinungsbild der CSU-Freie-Wähler-Regierung habe ich im Sommer nochmals Klartext in einer Pressemitteilung geschrieben. Hier ein Auszug: „Die Verarmung, die zunehmend auch Berufstätige und Leistungsträger betrifft, ist ein Ergebnis der grünen Energiewende. [...] Bayern unterstützt diesen

Verelendungskurs: Die CSU ist unter Söder zu einem Abnickverein für linksgrüne Politik verkommen. Und die Freien Wähler spielen nicht einmal mehr den Bettvorleger im Löwen-Look, auf den Söder seine Füße stellt. Sondern sie sind nur noch ein Putzlappen für diese unbayerische Koalition. Aiwangers Masche, gelegentlich zu schimpfen und unsere AfD-Positionen nachzuplappern, um dann doch die Politik von Söder, Scholz und Habeck mitzutragen, ist abgenutzt und fadenscheinig geworden.“



*Spätsommerlicher Blick aus dem Bayerischen Landtag. Zuweilen lässt sich sogar Ministerpräsident Söder dort blicken...*

# Besuch im herbstlichen Straßburg

Auf Einladung unseres Europa-Abgeordneten Dr. Maximilian Krah besuchten rund 50 Parteifreunde vom 23. bis 25. November Straßburg, einen der beiden Sitze des EU-Parlaments. Der Bus startete in Suhl, wo die Thüringer zustiegen, und fuhr anschließend nach Coburg, um dort die Oberfranken einzusammeln, vorwiegend aus dem Kreisverband Coburg-Kronach. Gutgelaunt ging es dann nach Offenburg, wo für die Gruppe die Hotelzimmer gebucht waren. Nach dem Einchecken fuhr uns der Bus ins nahegelegene Straßburg, wo uns Maximilian Krah am Münster schon erwartete und uns am Beispiel des imposanten Bauwerks wichtige Werte veranschaulichte – wie Tradition und das Denken über den persönlichen Zeithorizont hinaus. Ein kleiner Rundgang durch die Altstadt und ein Drei-Gänge-Menü in einem typisch elsässischen Restaurant rundeten den ersten Tag ab. Am nächsten Tag stand zunächst der „offizielle“ Teil auf dem Programm: der Besuch des

EU-Parlaments. Erläuterungen anhand eines Modells des Plenarsaals, eine 360-Grad-Filmvorführung sowie ein Vortrag unseres Gastgebers bildeten den inhaltlichen Rahmen, überdies konnten wir von der Besuchertribüne aus das Abstimmungsprozedere im Plenum mitverfolgen. Die freie Zeit am Nachmittag nutzten die meisten Teilnehmer, um bei herrlichem Sonnenschein ausgiebig die Innenstadt Straßburgs zu erkunden, in der bereits zahlreiche Weihnachtsmärkte sich für die Eröffnung am kommenden Tag vorbereiteten. Den Tag beschloss ein zünftiges Flammkuchenessen in Offenburg auf Einladung unseres Gastgebers. Am dritten Tag fand schließlich die Rückreise statt, die wiederum ausgiebig zum Gedankenaustausch genutzt wurde. Überdies wurden zwischen Thüringern, die von René Aust (MdL) betreut wurden, und den von mir betreuten Oberfranken zahlreiche Kontakte geknüpft und gegenseitige Unterstützung in den kommenden Wahlkämpfen vereinbart. Fazit: eine rundum gelungene Kurzreise.



*Das Parlamentsgebäude in der All. du Printemps*



*Erläuterungen zum Parlament, in dem die Abgeordneten zwölfmal pro Jahr tagen.*



*Welch ein Zufall! Im selben Wirtshaus, in das wir am zweiten Abend eingekehrt waren, tagte der Stammtisch des AfD-Kreisverbands Ortenau-Kreis. Neben mir im Bild dessen Vorsitzender Taras Maygutjak (2.v.l.), MdEP Dr. Maximilian Krah (3.v.l.) und MdL René Aust (r.).*



*Unsere (fast vollständige) Besuchergruppe im EU-Parlament in Straßburg*



*Seine Sicht auf die EU-Wirklichkeit vermittelte uns Maximilian Krah in einem kurzweiligen Vortrag.*



*Am Rande des offiziellen Programms ergaben sich immer wieder Gelegenheiten zum Gedankenaustausch.*



*Blick auf den Canal du Faux-Rempart, der Straßburgs Altstadt auf der Grande Île umfließt.*

# AfD: Mit allen Mitteln gegen die einzige authentische Opposition

Absurder geht es kaum. Noch im Februar hatte Markus Söder gefordert, unsere AfD gänzlich vom Verfassungsschutz ins Visier nehmen zu lassen, also auf Deutsch: eine der Regierung unterstellte Behörde gegen eine unliebsame Opposition zu instrumentalisieren. Ende April folgte der Hammer: Eine Behörde, deren Aufgabe der Schutz unserer verfassungsmäßigen Ordnung ist, agiert weitgehend selbst auf verfassungswidrigen Grundlagen. Dies hat das Bundesverfassungsgericht für das 2016 reformierte Gesetz über den bayerischen Verfassungsschutz entschieden. Allein verantwortlich: die Regierungspartei CSU, die 2016 mit ihrer Mehrheit all die nunmehr beanstandeten Änderungen durchgesetzt hat. Wohnraumüberwachung, Online-Durchsuchung, Handy-Ortung, langfristige Observation außerhalb der Wohnung, V-Leute: alles samt und sonders verfassungswidrig.

Nun: Wer sich immerzu als Rechtsstaatspartei aufspielt und selbst ein Gesetz schafft, das derart mit den Grundlagen unserer Rechtsordnung kollidiert, sollte vor allem demütig und bescheiden sein, statt mit dem Finger auf andere zu zeigen. Es wäre übrigens eine wirklich passende Gelegenheit, um sich endlich vom Missbrauch des Verfassungsschutzes und der permanenten Diffamierung und Hetze zu verabschieden. Höchste Zeit ist es auch, dass unsere Partei im Parlamentarischen Kontrollgremium vertreten ist, denn eine effektive Kontrolle von Nachrichtendiensten ist umso dringlicher, wenn diese auf gesetzlich zweifelhafter Grundlage agieren. Doch auf Einsicht oder gar Einkehr darf man bei einer Partei nicht hoffen, die Bayern als ihren ureigenen Besitzstand betrachtet.

Ende Oktober erfolgte dann ein weiterer juristischer Paukenschlag. Das Verwaltungsgericht München untersagte dem

Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz zumindest vorläufig, die bayerische AfD mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu beobachten. Sowie sie öffentlich als „Verdachtsfall“ für angebliche verfassungsfeindliche Bestrebungen zu bezeichnen. Die Söder-Regierung muss darüber so wütend und entsetzt gewesen sein, dass sie nur wenige Wochen später einen polizeilichen Amoklauf veranstalten ließ. Mit einem Großaufgebot von Kriminalbeamten und Staatsanwälten wurden unsere Räume im Landtag durchsucht – inklusive meines Büros und der Räume meiner Kollegen. Wir alle sind als Abgeordnete durch Immunität geschützt, das war absolut rechtswidrig, zumal der Anlass eine Lappalie war: eine angebliche Urheberrechtsverletzung in einem Landtagsvideo.

Doch es gibt noch andere, subtilere Methoden. Von der Staatsregierung wollte ich wissen, wie viele Polizeieinsätze

es in den vergangenen Jahren an und in Bayerns Krankenhäusern gab. Die Regierung verweigerte eine Antwort mit der Begründung, diese sei „mit vertretbarem Aufwand“ nicht möglich. Ich stellte daraufhin die Anfrage erneut, begrenzte sie aber auf die acht bayerischen Großstädte. Die Antwort war exakt dieselbe, man hatte sich nicht einmal Mühe gegeben, auf die inhaltlich veränderte Fragestellung einzugehen. Per Pressemitteilung kommentierte ich diese Farce: „Das Ausmaß der Arbeitsverweigerung wird langsam unerträglich. Immer öfter werden meine Fraktionskollegen und ich mit der Tatsache konfrontiert, dass unsere Fragen von der Staatsregierung nicht oder nur unzureichend beantwortet werden. Und das regelmäßig mit denselben Formeln und Vorwänden.“

Natürlich weiß die Regierung, dass das Auskunftsrecht der Abgeordneten eines der wichtigsten Rechte der Opposition ist. Dennoch setzt sie sich immer wieder selbstherrlich darüber hinweg. Gern auch

durch systematische Verzögerung. So hätte eine Anfrage zu dem heiklen Thema „Stromausfall (Blackout)-Krisenvorsorge für die bayerische Staatsregierung“ bis zum 6. Oktober beantwortet sein müssen, denn für die Antworten gibt es feste Fristen. Auf Anfrage stimmte ich ausnahmsweise einer Fristverlängerung um immerhin drei Wochen zu. Auch diese verstrichen ohne Antwort, weitere vier Wochen darauf gab es immer noch keine Reaktion. Natürlich kann man ausbleibende oder zu späte Antworten bei der Landtagspräsidentin monieren, nur hat

das für die Verantwortlichen offenbar keinerlei Konsequenzen. Auch hier nutzt es der Opposition herzlich wenig, wenn sie im Recht ist.

Allen Freunden und Wählern im Freistaat sei aber versichert, dass wir uns weder einschüchtern lassen, noch all die Versuche, uns Knüppel zwischen die Beine zu werfen, unbeantwortet auf sich beruhen lassen werden. Schließlich sind wir gewählt worden, um bei den immer zahlreicher werdenden Missständen den Finger in die Wunden zu legen, und diesen Auftrag nehmen wir ernst!



Foto: unsplash.com

*Der Verfassungsschutz darf die bayerische AfD vorerst nicht mit nachrichtendienstlichen Mitteln überwachen.*

# Unsere Abgeordnetenfahrt nach München

Nach dem Ende der Corona-Beschränkungen konnte am 23. September endlich mal wieder eine Abgeordnetenfahrt nach München ins Maximilianeum stattfinden – bei herrlichem Wetter. Über 40 Teilnehmer stiegen in Kronach, Neustadt, Coburg und Lichtenfels zu. In München verstärkten uns noch Gäste aus Baden-Württemberg, Brüssel und den USA. Gemeinsam nahmen wir dann erst einmal ein deftiges Mittagessen in der Kantine ein, bevor es zur Einführung eine rund 30minütige Filmvorführung über den Landtag und dessen Funktion und Aufgaben gab. Anschließend fand unter sachkundiger Führung eine Besichtigung wichtiger Räumlichkeiten des Maximilianeums statt. Nur der Plenarsaal blieb außen vor, weil dort immer noch Bauarbeiten stattfanden. Schließlich gab es im Senatsaal noch die Gelegenheit zu einer Diskussion verschiedener Themen. Im Biergarten des Hof-

bräuellers und natürlich auf der Heimfahrt setzte sich der Gedankenaustausch fort. Vielen Dank an alle Gäste für die

Teilnahme und besonders auch an meine Büroleiterin, die Kerstin, für die Organisation. Hier ein paar Impressionen:



*Gedankenaustausch mit den Gästen aus Brüssel und USA*



*Mit Nathan E. Berger, dem Vizepräsidenten des New York Young Republican Club*

*An der diesjährigen München-Fahrt bestand großes Interesse*





## Auf ein Neues!

Am 19. November 2022 durften Thomas Grams und ich uns gemeinsam über das jeweils einstimmige Vertrauen unserer Mitstreiter im Stimmkreis Coburg freuen! Wir wurden als Kandidaten zur Bezirkstagswahl (Thomas Grams) und zur Landtagswahl (Martin Böhm) nominiert.

Thomas konnte bereits im Kreistag Coburg sowie im Stadtrat Neustadt reichlich kommunalpolitische Erfahrung sammeln, die er nun in den Bezirk einbringen will. Besonders die Notwendigkeit sparsamen Haushaltens der öffentlichen Hand liegt Thomas am Herzen.

Mein Ziel ist es, die gut gewachsenen Strukturen meiner beiden Abgeordnetenbüros, den klasse Zusammenhalt meines Teams und nicht zuletzt meine in der ersten Legislatur gesammelten Erfahrungen und Kontakte tatkräftig zu nutzen und

auszubauen. Nur der permanent ausgeübte politische Druck der einzig verbleibenden wirklichen Oppositionspartei auf den umstrittenen Amigo-Filz in München deckt deren Unzulänglichkeiten auf. Über 60 Plenarreden von mir mussten sie – dabei oft rumpöbelnd – ertragen. Ich werde noch härter werden, das verspreche ich, denn die mir allzu oft unterstellten Verschwörungstheorien erweisen sich monatlich aufs Neue als unsere realistische Einschätzung des Erwartbaren.

Mein Wunsch ist es, nach weiteren fünf Jahren Maximilianeum – dann im 65. Lebensjahr – all das Wissen um unsere gelebten Werte in jüngere Hände legen zu dürfen, um dann von der Seitenlinie aus unterstützend weiterzuwirken. Möge der Herrgott uns allen die dazu notwendige Gesundheit und Kraft vergönnen!



# Impressionen







### **Anschrift:**

Martin Böhm MSc  
Maximilianeum  
81675 München

E-Mail:

[martin.boehm@afd-landtag.bayern](mailto:martin.boehm@afd-landtag.bayern)

### **Bürgerbüro:**

Kaulangerstr. 14, 96317 Kronach  
Austraße 5, 96465 Neustadt/Cbg.

### **Mehr über mich auf:**

[www.mdl-boehm.de](http://www.mdl-boehm.de)

[facebook.com/boehm2017](https://facebook.com/boehm2017)

[https://t.me/mdl\\_boehm](https://t.me/mdl_boehm)



Alle Bilder, sofern nicht anders angegeben: Abgeordnetenbüro MdL Martin Böhm

